

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagsdruckerei: Kuchelstein Dresden
Hauptredaktion: Kuchelstein Dresden
Telefon: 2211
Postfach: 2211
Erscheinung: 2. Hauptausgabe: 1928
Dresden-K. 1, Waisenstraße 28/32

Bezugspreis für den Monat Dezember 3.40 RM. ohne Postgebühren. Einzelnummer 10 Pf.
Kupferdruck 15 Pf. Anzeigenpreise: Die Anzeigen werden nach Maßstab bezahlt:
die einseitige 20 mm breite Seite 35 Pf., für auswärts 40 Pf. Familienanzeigen und Zeichen-
gebühren ohne Rabatt 15 Pf., außerhalb 20 Pf., die 30 mm breite Zeilenbreite 200 Pf., außer-
halb 250 Pf. Chiffregebühren 30 Pf. Unabträgliche Kautionsgebühren

Trauf u. Verlag: Reich & Reichardt,
Dresden, Postfach No. 1048 Dresden
Nachdruck nur mit schriftl. Genehmigung
(Dresden, Postf.) zulässig. Hinfertige
Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Erstklassiges Restaurant
Täglich 4 Uhr: Tanz-Tee

„Barberina“

Abends 8 Uhr: Das Parkett der
Attraktionen aller Welt

Prager Straße Reitbahnstraße

„Der Anschluß bedeutet Kriegsgefahr“

Briand beglückwünscht sich zu Locarno - Er duldet keinen „Selbstmord“ Oesterreichs

Außendebatte in der Pariser Kammer

Zwei Botschafter

Paris, 4. Dez. Die Kammer begann heute vormittag die Beratung des Budgets des Außenministeriums. Abg. Poulletier (Gruppe Marin) erläuterte den Bericht über diesen Budgettitel, wobei er die Stellen hervorhob, die sich gegen den Anschluß Oesterreichs an Deutschland richteten. Er forderte die Revision des Vertrages der Schulden Frankreichs, sowie Aufrechterhaltung der Festsicherung des Rheinlandes als Zahlungs- und Friedensgarantie. — Im Namen der radikalen Partei sprach der frühere Unterrichtsminister Francois Albert. Er beschwört Briand, jetzt ein Locarno zu schaffen, das nötig sei, da Deutschland noch immer Pläne schmiede, sei es hinsichtlich des Anschlusses Oesterreichs, der Besetzung des Danziger Korridors oder Schließens. Er bekräftigt, daß der Versailler Vertrag, der den Anschluß Oesterreichs an Deutschland verhindern sollte, wie ein Spinnwebgerüst sei.

Briand

wendet ein, er habe vor einer Versammlung, auf der 20 Nationen vertreten waren, darauf hingewiesen, daß darin eine ernste Bedrohung für den Frieden liegen würde und eine ungeheure Mehrheit der Versammlung habe seinen Worten zugestimmt. — Albert erklärt darauf, diese Bedrohung sei tatsächlich vorhanden, zumal in Deutschland nicht nur die Absichten für den Anschluß seien, sondern sogar der deutsche Sozialismus. — Briand erklärt, er sei überzeugt, daß man deutschseits die Möglichkeit auf den Frieden (!) über alle anderen Erwägungen stellen werde. — Albert äußert dann die Befürchtung, daß vielleicht die Politik des Vatikans den Anschluß Oesterreichs an Deutschland günstig beurteilen könnte, um einen katholischen Block in Mitteleuropa zu schaffen. — Briand wendet ein: Die Würde der Heiligen Stuhl gleichgültig das Verschwinden eines Landes wie Oesterreich mit anziehen können, das vom katholischen Standpunkt gesehen, eine unvermeidliche muslimische Kraft darstellt? — Albert erklärt, die Politik des Heiligen Stuhles könne zwar widerspruchsvoll erscheinen, aber sie könne sehr wohl in einem doppelten Ziel bestehen. Nicht nur die katholischen Zeitungen in Deutschland sprächen sich gütlich für den Anschluß aus, sondern auch die Protestanten.

Albert appelliert an die französischen Sozialisten, sie möchten die deutschen Sozialisten dazu bringen, auf den Anschlußgedanken zu verzichten.

Albert fordert zum Schluß den Außenminister Briand auf, alle diplomatischen Weisen zu benutzen, um den Anschluß zu verhindern, dem vor allem Italien nicht hinneigen könne, und der die fürchterlichsten Kriegsgefahren schaffen würde.

In der Nachmittags Sitzung der Kammer wurde die Beratung über das Budget des Außenministeriums fortgesetzt. Im Namen der sozialistischen Fraktion erklärte der

Abg. Brade,

er und seine politischen Freunde seien für die Abumung des Rheinlandes. In dieser Hinsicht müsse er erklären, daß die Politik des Ministers des Äußeren ihn vollkommen enttäuscht habe. Er müsse insbesondere daran erinnern, daß der französische Außenminister Deutschland vorgeworfen habe, es sei wegen seiner industriellen Macht eine Gefahr für den Frieden. Man müsse am Frieden verweilen, wenn man ihm nur unter der Bedingung herstellen zu können glaube, den wirtschaftlichen und industriellen Aufschwung aller Nationen zu verhindern.

Als Minister Briand hier einwarf, er habe das niemals gesagt, erwiderte Brade: Sie haben das alles dem deutschen Reichskanzler Hermann Müller in Genf vorgehalten. Darauf ergriff Minister des Äußeren,

Briand,

das Wort. Er erklärte: Jedes Jahr, das vorübergehe und in dem man den Krieg habe vermeiden können, bringe die Hoffnung, daß Europa niemals wieder einen Krieg erleben werde. Diesem Ziel müsse man alle Anstrengungen widmen. Brade hat eine tendenziöse Kritik an meiner Rede in Genf geübt.

Eine gewisse Propaganda hatte die Deutschen dahin gebracht, anzunehmen, es wäre möglich, schon jetzt Dinge zu erzielen, die eben noch nicht erzielt werden können.

Meine Rede hat einen Presseturm in Deutschland hervorgerufen; aber schon einen Tag nachdem ich sie gehalten hatte, ist die Rationalität in Genf wieder zur Geltung gekommen. Verhandlungen sind eingeleitet worden, und ich habe mit Reichskanzler Müller Auge in Auge gesprochen. Ich hatte nicht den Eindruck, daß der Reichskanzler jede Hoffnung verloren hätte, und es schien mir auch nicht,

daß er außerordentlich verzweifelt gewesen ist. Im übrigen darf man meiner Genfer Rede nicht den Sinn geben, den sie nie gehabt hat. Ich habe nur geantwortet, weil der Reichskanzler mit viel Mühe nur weniger gesagt habe, als daß Briand eine doppelseitige Politik betriebe. Die gesamte deutsche Presse sagte am anderen Tage: Nun hat Frankreich endlich die Worte gehört, die man sagen mußte.

Briand spricht alsdann von der

Locarnopolitik.

In Deutschland habe man erklärt, sie habe Bankrott gemacht, während sie tatsächlich einen Erfolg erzielt habe. Man habe den Pakt von Locarno etwa so dargestellt, wie den Hut eines Nauberebers, aus dem man alle möglichen Gegenstände hervorholen könne.

Er habe volle Hoffnung zu dem Pakt von Locarno, den Frankreich gewissenhaft respektiert habe.

Keinerlei Bedingung sei vor dem Abschluß gestellt worden, und als Reichskanzler Dr. Luther ihm im Laufe der Verhandlungen ein Memorandum über die deutschen Wünsche habe unterbreiten wollen, habe er es nicht in Empfang genommen, damit er keine Verpflichtungen übernehme, die er nicht halten könnte. Jetzt aber, nachdem er nach der Unterzeichnung Kenntnis von den deutschen Wünschen genommen habe, müsse er erklären, daß diese Probleme in ihrer Gesamtheit durchgeführt worden seien und daß Frankreich nach dem Pakt von Locarno alle deutschen Wünsche erfüllt habe (?). Es sei im Rheinland ein Regime errichtet worden, das nicht mehr denselben Charakter trage, wie früher, kein ausländischer Reichs- könne dies ableugnen.

Deutschland habe auch Locarno einen großen Nutzen gezogen, der viel größer sei, als es ihn vor den Verhandlungen über den Pakt erwartet habe.

Er beglückwünsche sich dazu, der französische Außenminister gewesen zu sein, der diese Entschlüsse gefaßt habe. Als der Reichskanzler in Genf den Wunsch ausgesprochen habe, Verhandlungen mit Frankreich über das Rheinland einzuleiten, habe sich Frankreich zu diesen Verhandlungen bereit erklärt. Aber man habe nicht vergessen dürfen, daß Frankreich nicht allein sei und nicht das Recht habe, isoliert diese Frage zu diskutieren. Die Vertreter der Alliierten seien zusammengetreten, und Reichskanzler Müller habe zu ihnen gesagt: Deutschland hat das Recht, die sofortige Rheinlanddrängung zu fordern. Frankreich und England haben darauf mit dem Vertrage in der Hand geantwortet: Das ist nicht richtig, Deutschland hat dieses Recht nicht.

Briand spricht alsdann von der

Einschneidung militärischer Kontrollmissionen.

Es handele sich hier nicht um eine Militärkontrolle im eigentlichen Sinne des Wortes. Die in Locarno vorgesehene Kontrolle zielt auf die Schaffung von Ausgleichsbedingungen ab, die in der Lage wären, die Schwierigkeiten zu lösen, die zwischen zwei Ländern entstehen, ohne daß sie vor dem Völkerbund gebracht werden würden. Das wäre ein Ziel, das man zu erreichen wünschen müsse.

Briand beschließt sich dann kurz mit der Abrüstung zur See und dem

französisch-englischen Flottenkompromiß

sowie den französisch-italienischen Beziehungen, und beantwortet schließlich die Ausführungen des radikalen Abgeordneten Francois Albert über die Anschlußfrage. Man könne den Anschluß nicht durchzuführen ohne Zustimmung des Völkerbundes. Die Nationen vor eine vollendete Tatsache zu stellen, wäre ein erster Akt, eine Ueberraschung dieser Art könnte Rückwirkungen auf die Aufrechterhaltung des Friedens haben. Wenn es auch berechtigt sei, wie man das ja getan habe, vom Selbstbestimmungsrecht der Völker zu sprechen, so habe man niemals das

Selbstmordrecht der Völker

ins Auge gefaßt. Wenn in einem Lande neun Zehntel der Bevölkerung es auf den Selbstmord abgesehen habe und als Nation verschwinden wolle, und wenn nur ein Zehntel der Bevölkerung diesen Gedanken abschneide, und an den Traditionen festhalten wolle, dann habe man nicht das Recht, dieses eine Zehntel zu zwingen, den anderen zu folgen. Briand appellierte schließlich an das europäische Gewissen des österreichischen Volkes, damit es nicht unter Verkenntung der gegenüber dem Völkerbund und gegenüber den alliierten Nationen übernommenen Verpflichtungen den Weltfrieden über-

Als Briand seine Rede beendet hat, wird er von den anwesenden Ministern und fast von der gesamten Kammer beglückwünscht.

Manchmal scheint es, als ob die englische Politik, die seit uns seit Jahrzehnten wegen ihrer sprichwörtlichen Klugheit und Folgerichtigkeit in höchstem Ansehen steht, jeden Sinn und allen Zusammenhang verloren hätte. Chamberlains überraschende Erklärung gegen jede Rheinlanddrängung ist wieder ein Beispiel jenes Jidjadurfies, der in den Räumen des Foreign Office altenglische Traditionen über den Haufen wirft. Kurz nach der Rede des Premierministers Baldwin, der die Räumung, ohne auf die Rechtsfrage weiter einzugehen, zum mindesten als sehr erwünscht und in der Logik der internationalen Politik liegend bezeichnet hatte, dieser Gegenstand seines Außenministers, der alle Hoffnungen zerbricht, daß England in den kommenden Rheinlandverhandlungen die Vermittlerrolle zwischen Frankreich und Deutschland spielen werde, die es jahrelang angestrebt und nach Locarno auch eine Zeitlang ausgeübt hat. „Im Schlepptau Frankreichs!“ Das ist das Motto, das die englische Presse selbst über diese Phase der kritischen Außenpolitik gesetzt hat — für England sowohl wie für Deutschland ein klägliches Ergebnis vierjähriger Chamberlainscher Regierungskünste. Was vom deutschen Rechtsstandpunkt aus zu der neuen Rheinlandthese Chamberlains zu sagen ist, wurde hier bereits ausgesprochen. Natürlich ändern seine Selbstindignitäten keinen Titel an unserem Recht und kein Jota an unseren Forderungen. Aber das läßt leider die Tatsache unberührt, daß sich im Hinblick auf die kommenden Verhandlungen die internationale Lage weiter zu unseren Ungunsten gewandelt hat. Zum Verständnis der englischen Schwankungen aus ihren Ursachen und zur Beurteilung dessen, was wir weiter von dort zu erwarten haben, genügt es nicht Chamberlains plötzliche Sinnesänderung zur Kenntnis zu nehmen; man muß einen tieferen Blick in die Verhältnisse der britischen Außenpolitik werfen.

Es ist ja bekannt, wenn auch nicht genügend gewürdigt, daß die Minister mit den glänzenden Namen von Wellklang — wie das Dreieck Chamberlain, Briand, Stresemann — nicht ausschließlich, ja vielleicht nicht einmal hauptsächlich die unter ihrem Namen laufende Politik machen. Unter ihnen zwar, in Wirklichkeit aber doch neben und mit ihnen, arbeiten ihre hohen Beamten, die Staatssekretäre, die vom Wandel der parlamentarischen Ereignisse unberührt bleiben und darum einen um so härteren Nachfaktor bilden und über die kommenden und gehenden Kabinette hinaus die Kontinuität der Politik ihres Landes verkörpern. In Deutschland ist in diesem Sinne Herr v. Schubert mehr als die rechte Hand Stresemanns, in Paris hält Philippe Berthelot seinen impulsiven Meister Briand in Poincarés Richtung an der Zügel. Und im Londoner Außenamt herrscht seit Jahrzehnten der Geist Sir William Tyrrells, des Unterstaatssekretärs von Sir Edward Grey bis zu Chamberlain. Freilich mit einer Unterbrechung von 1920 bis 1925, wo sein Gegenüber Lord d'Abernon als Botschafter in Berlin die britische Außenpolitik inspirierte. Aber in dieser Unterbrechung und in ihrem Ausgange liegt eben die Tragik der englischen Nachkriegspolitik, die Schuld an ihrem jetzt auch in England erkannten Mißerfolg.

Nur rechten Zeit erschienen eben jetzt die Memoiren Lord d'Abermons, die auf diese Entwicklung ein klärendes Licht werfen. Der ehemalige Botschafter in Berlin bricht mit der Gewohnheit, daß Diplomatenrührungen erst nach dem Tode ihres Verfassers erscheinen dürfen, wenn über ihn und seine Werke längt das Gras gewachsen ist. Als Lebender hat er den Lebenden noch vieles zu sagen, und so wird aus der Schilderung der von ihm verfolgten Politik eine Anklage und ein vernichtendes Urteil der jetzigen. Was er erzählt, bestätigt ja nur, was man schon ahnte und wußte; aber als Bestätigung aus seinem Munde sind diese Tatsachen gerade jetzt von Wichtigkeit. Im Jahre 1920, als Frankreich während über das wehrlose Deutschland herfiel und das Reich für immer zerreißen wollte, da dämmerte in den Köpfen der englischen Staatsleiter zum ersten Male die Erkenntnis, daß sie mit dem Krieg eine Missetat gemacht hatten, weil die Grundlage aller britischen Politik, das Prinzip von der balance of power, das durch den Krieg geschüttet werden sollte, gerade durch ihn zerstört worden war. An Stelle der gestürzten deutschen Militärs, und Seemacht war die französische Hegemonie über Europa getreten und drohte mit ihrer Unerschütterlichkeit noch unangenehmer zu werden. Da schickte Lord Curzon als Premierminister kurz entschlossen einen Außenminister, Lord d'Abernon, als Botschafter nach Berlin mit der ganz bestimmten Aufgabe, von dort aus die europäische Politik aus den Angeln zu heben. Und Lord d'Abernon hat diese